

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Buchdruckerei
Tageblatt Riesa.
Gumm. Nr. 20.
Schrift. Nr. 52.

Postredaktion:
Dresden 1832.
Girokasse
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestimzte Blatt.

Nr. 78.

Montag, 26. März 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabnahme, für einen Monat 7 Mark zu Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Überschusses von Produktionsverzweigungen, Erhöhung des Zähne- und Materialpreises beladen wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Zugelassen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags entgegen und im vorans. zu bezahlen; eine Gewähr für das Gelehen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Schadensatz für bis 30 min breite, 3 mm hohe Gründfeuerzeichen (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; für 30 min breite Feuerzeichen 100 Gold-Pfennige; zehnmaliger und tausendfachiger Satz 50% Aufschlag. Beihilfiger Rabatt entfällt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsart: Riesa. Nichttägliche Unterlagen abzugeben. Zeichner an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Versicherungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. Ihr Anteil: Wilhelm Dietrich, Riesa. Geschäftsführer Goethestr. 28.

Gutlarvung.

Die jetzt abgeschlossene Sitzung der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf hat mit einem Ergebnis geendet, das sich in keiner negativen Form in nichts von den Resultaten aller der Tagungen unterscheidet, auf die diese famose Kommission seit ihrer Einleitung zurückblicken kann. Es wurden große Reden gehalten, es wurden schöne Programme aufgestellt, aber tatsächlich blieb alles, was gesagt wurde, reine Dialektik, Phrasie, die verdeckt soll, den Kern verbüllt. Und doch, wenn auch das tatsächliche Ergebnis der letzten Aussprache negativ blieb, eins ist in diesen Tagen in Genf doch erreicht worden. Dass einer noch gerüffelteren, noch geschärferen, noch raffinierteren Dialektik, damit einer noch ausgeschlüsselten Taktik der Russen hat sich eine Entlarvung von Falschheiten, Unbeschleunigungen vollzogen, die unbedingt Platz in das Dunkel der Genfer Abrüstungsdebatteklubs bringt. Herr Litvinow, Russlands Vertreter, ist ein recht schlechter Redner, ein Redner, dem vieles an Formengestaltung abgeht, der seine wirkungsvollen Effekte erzielen kann, der gesteuert ist, sich an sein Manuskript zu halten. Aber wenn Litvinow auch das Bass-Tremolo eines Briand fehlt, die Worte, die er ungehobelt und, wie man sagt, in einem unmöglichen Englisch vorliest, sie hatten Inhalt, sie waren praktische Schätzungen von einer sozialen Weltordnung. Seine Worte waren Taten. Sie waren Degenstiche, vor denen die Gegner zurückwichen, die so tödlich variiert wurden, dass der ganze Zweikampf in der Abrüstungsschlacht zu einer Blamage der Verfeindeten des Abrüstungsgedankens wurde, wie sie nicht beinaher gedacht werden kann. Litvinow ist ein Realpolitiker großer Formats. Mit Preisfragen oder mit Empfindlichkeiten will er nichts zu tun haben. Er kennt nur ein Ziel. Und dieses Ziel, das er sich hier auf den Vorbereitenden Abrüstungskommission stellte, das lautete: Entlarvung, Entlarvung um jeden Preis. Sein Ziel hat der Russe vollständig erreicht.

Der deutsche Delegierte auf dieser Konferenz, Graf Bernstorff, konnte angebliches der Iwangsfrage des Reiches sich nur zu Schundanständen für diesen russischen Flottenfachter finden. Aber er erwies sich als ein Seelundant, der die Meisterschaft des Hauptkämpfers sich würdig erwies. Was Litvinow nicht gegeben ist, besitzt Graf Bernstorff im hohen Maße: die Meisterschaft der Sprache, die diplomatische Routine, die Eleganz der Aufführung, die präzise Formulierung. Wenn die Entlarvung der Genfer Verbreitungskünste so unumstritten und deutlich sich vollzogen konnte, so trugt an dieser Tat auch Graf Bernstorff ein Verdienst, zu dem man ihn gleichbürtigen kann. Wie vollzog sich die Entlarvung einer zehnjährigen Abrüstungskomödie? Durch eine Reihe von Phasen, von Momenten, die in ihrer Reihenfolge und in ihrer Steigerung, man kann sagen, eine Meisterleistung der russischen Regie in Genf war. Man forderte die totale und sofortige Abrüstung. Und man erlebte das Schauspiel: die Wehrheit der Abrüstungskommission, deren Sinn, Zweck und Ziel eben diese totale Abrüstung sein soll, lehnte sie gottlob ab. Und zwar mit einer Begründung, die so unerhört wie unglaublich war. Wenn der Griech Politis in seiner Replik gegen die russischen Vorschläge festgestellt sich bemüht hat, dass die völlige Entwaffnung mit den Völkerbundabschlüssen vereinbar sei, so gab er mit dieser Bemerkung dem Grafen Bernstorff ein Stichwort, um das dieser ihn gern gebeten hätte. Denn Deutschland ist doch völlig abgerüstet. Also wäre nach den Worten des Herrn Politis die Deutschland auertzuwogene Abrüstung ein grober Verstoß gegen die Völkerbundabschaltung. Der Griech Politis half sich aus der Verlegenheit mit der ebenso brächtigen wie klarstellenden Feststellung, dass „Deutschland unter Ausnahmemeidungen“ stände. So ist also in Genf doch noch einmal offen und ehrlich ausgesprochen worden, dass Deutschland kein gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes ist. Woraus eine vernünftige Logik zwangsläufig deuteieren kann, was es mit diesem Völkerbund überhaupt auf sich hat: Er ist ein Bund, zusammengelebt aus vollberechtigten und nur bedingt berechtigten Mitgliedern zu einer Funktion, die Sicherung des Friedensvertrages heißt. Eine für Deutschland unerreichbare Macht, aber immerhin eine Macht. Und das allein ist schon ein großer Fortschritt.

Auch die sehr berunglüdige Dialektik des Franzosen Glaesel lorgte dafür, dass das Steinigungswerk vollkommen wurde. Er gab der Meinung Ausdruck, dass eine juristische Verpflichtung der Völkerbundmächte zur Abrüstung überhaupt nicht bestände. Hier brauchte Graf Bernstorff nur auf die Rede Paul Bourouges vom 8. April des vorjährigen Jahres hinzuweisen, in der festgestellt wurde, dass die Verpflichtung zur Abrüstung einerseits auf die Völkerbundabschlüsse und andererseits auf den Berliner Vertrag beruhent. So konnte, um die Satire vollendet zu gestalten, der eine Franzose gegen den anderen ausgetragen werden.

Die russischen Vorschläge wurden von der Mehrheit der Kommission als nicht geeignet für eine Aussprache behandelt. Der deutsche Vorschlag auf Entberufung der Abrüstungskonferenz wurde abgelehnt. Genf hat sich also für das von Chamberlain so gern zitierte „fair play“ entschieden. Gewiss aus einer Verlegenheit heraus. Gewiss auch in der Gewissheit, eine nicht zu verlennende Blamage offensichtlich werden zu lassen. Aber hätte die Genfer Mehrheit den deutsch-russischen Wunschen Gehör geschenkt oder eine sofortige Diskussion der Russenvorwürfe gut

Die Abrüstungskonferenz ergebnislos geschlossen.

Genf. Die fünfte Tagung des Vorbereitungskomitees für die Abrüstungskonferenz ist am Sonnabend abend nach zehntägigen Beratungen zu Ende gegangen. Die nächste Tagung dürfte gegen Mitte August zu erwarten sein.

Erläuterung des Grafen Bernstorff im Abrüstungsausschuss.

Genf, 24. März. Zu Beginn der Nachmittagssitzung des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz gab Graf Bernstorff angehört der heute mittags erfolgten Abstimmung des deutschen Entschließungsantrages in einer abschließenden Betrachtung über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten zunächst einen Überblick über die bisherigen Abrüstungsbemühungen des Völkerbundes, dessen Vorbereitungsausschuss nunmehr seine fünfte Tagung zu beenden im Begriff steht.

Parallel während der dritten Tagung vor nunmehr einem Jahr bei, so führte Graf Bernstorff aus, der Entwurf eines Abrüstungsbündnisses ausgearbeitet worden. Dieser Entwurf habe in der Ratsversammlung vom Juni 1927 eine wohlwollende Beurteilung, ferner auch von französischer und britischer Seite Zustimmung gefunden. Trotzdem habe die erwartete zweite Lesung des Entwurfs in der vierten Tagung vom Spätherbst vorjähriges nicht stattgefunden, und auch jetzt in der fünften Tagung entschließe sich der Ausschuss in scharfem Gegensatz zu seinem früheren einstimmigen Beschluss der zweiten Lesung, die nun wiederum verschoben werde. Dies bedeute ein Scheitern auf halbem Wege, keinen Fortschritt, sondern einen Verlust der Arbeit.

Graf Bernstorff bedauerte, sein Mittel zu haben, um den Ausschuss aus Vorwürfe der zweiten Lesung oder zur Sitzung des Entwurfs auf Erinnerung der großen Abrüstungskonferenz zu veranlassen. Man könne wohl beobachten, dass der Ausschuss selbst den Drang in sich fühle, vorwärts zu kommen. Dieser Drang, so betonte Graf Bernstorff, führe aber nicht etwa von Deutschland her, sondern die im Versailler Vertrag niedergelegten Verpflichtungen seien es, von denen der vom Ausschuss empfundene Drang ausgehe. Nicht Deutschland sei es, dass die Völkerbundabschaltung und die Friedensverträge entworfene habe. Beide seien aber jetzt unterschrieben und Frieden ratifiziert, und sie müssten deshalb auch ausgeführt werden. Dies hätten auch die Organe des Völkerbundes wiederholt anerkannt.

Leider sind alle diese Mahnungen, so führte Graf Bernstorff weiter aus, vergleichslos geblieben und das Arbeitsprogramm des Ausschusses zeigt einen belästigenden Mangels an Schwäche. Wie lange die deutsche Regierung diese Unfruchtbarekeit der Ausschussarbeiten mit ansehen wird, steht dahin. Die deutsche Öffentlichkeit hat diese Frage bereits wiederholt gestellt. Die deutsche Regierung wünscht dringend, dass nicht etwa sie für die Vorbereitung des Vorbereitungsausschusses vor der Welt verantwortlich erscheint. Nichts anderes bleibt mir übrig, so schloss Graf Bernstorff, als angehört des Schlusses der fünfsten wiederum ergebnislosen Tagung Berufung an die Bundesversammlung im Herbst dieses Jahres einzulegen, jenes Organ des Völkerbundes, welches den Antrag zur Vorbereitung der Abrüstung dem Ausschuss stellt hat und dem dieser Ausschuss garantivollständig bleibt.

Selbstverständlich würde ich mich sehr freuen, wenn unser Ausschuss in der Lage wäre, der nächsten Bundesversammlung den Entwurf eines Abrüstungsbündnisses nach erfolgter zweiter Lesung vorzulegen, einen Entwurf, der geplant wäre, die Zwecke und Befürchtungen zu trennen, die in hier vor aller Offenheitlichkeit darzulegen gewünscht waren. Allerdings ist bei der Wendung, die unsere Arbeiten bis jetzt genommen haben, zu befürchten, dass sich auch diese Hoffnung nicht verwirklicht. Dann wird die Bundesversammlung als Hüterin des Ansehens und des Einflusses des Völkerbundes diejenige Stelle sein — und hierbei folge ich einer Anregung des amerikanischen Delegierten Gibson —, die veranlassen wird, dass unter Ausschuss endlich aufschreibt, in immer erneuten Tagungen eine beiderlicher Unfruchtbarekeit zu beweisen. Die Bundesversammlung wird auch dafür zuständig sein, einen Bericht über den tatsächlichen Stand jener zwischen den Regierungen laufenden Besprechungen entgegenzunehmen, auf die man sich hier immer wieder mit erheblichem Nachdruck beruft, die aber, wie wir uns immer wieder überzeugen mussten, sich in einem ankerordentlich bescheidenen und ungenügenden Rahmen abgespielt und keinerlei praktisches Ergebnis gezeigt haben.

Eine Sommertagung der Abrüstungskommission.

Paris. Nach dem Genfer Korrespondenten des Petit Parisien rechnet der Präsident der Abrüstungskommission, gehofft, so wäre auch dies zu einer Blamage geworden. Blamage also auf jeden Fall. Unter dieses Sighum wird man somit den Bericht der letzten Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission in die Chronik der Völkerbundereignisse einzureihen haben.

London, und der Leiter der französischen Delegation, Graf Clouzel, mit einer neuen Tagung der Kommission im Laufe des Sommers, wahrscheinlich im Juli, in der die zweite Lesung des offiziellen Vorprojektes und die Prüfung des letzten russischen Projektes, sowie der verschiedenen deutschen Vorschläge vorgenommen werden könnte.

Lord Cecil rechtfertigt die deutsche Abrüstungstheorie.

London. In einem bereits vor dem Abschluss der Konferenz geschriebenen Artikel beschreibt sich Lord Cecil in den *London Times* mit der internationalen Abrüstung und kommt dabei zu einigen für die deutsche Politik ankerordentlich günstigen Feststellungen.

Cecil betont, dass die auf Grund des Versailler Vertrages durchzuführende Abrüstung Deutschlands als der erste Schritt der allgemeinen internationalen Abrüstung gesehen wird. Das sei im Beitrage selbst zum Ausdruck gebracht, und Deutschland hätte auf dieser Basis die Abrüstung durchzuführen. In dem zwischen Clemenceau, der im Auftrag der alliierten und assoziierten Mächte handelte, und dem deutschen Vertreter gewechselten Schriftwechsel sei das noch deutlich zum Ausdruck gebracht worden, wobei der deutsche Vertreter den Abrüstungsbedingungen ausdrücklich unter der Voraussetzung zustimme, dass diese den Beginn der allgemeinen Nutzungsbeschränkungen darstellen.

Clemenceau bemerkte, dass die deutsche Abrüstung den ersten Schritt für die allgemeine Verminderung und Begrenzung der Rüstungen darstelle, die die alliierten und assoziierten Mächte zu erzielen suchten als eines der wichtigsten Mittel zur Verhütung von Kriegen.

Lord Cecil rügt damit ausdrücklich von den kürzlichen Erklärungen des französischen Delegierten Clouzel ab, der etwas ironisch betont hatte, dass die Alliierten keine Verpflichtungen übernommen hätten. Auch die logische Konsequenz aus der Nichterfüllung der Verpflichtungen für die Durchführung der allgemeinen Abrüstung sieht Lord Cecil, in dem er erklärt, dass eine Konsequenz eines Beschlusses der Verhandlungen sicher sei, nämlich dass Deutschland das Recht der Wiederbewaffnung für sich in Anspruch nehmen werde. Rechtlich möge der Himmel, dass die deutschen Abrüstungsverpflichtungen absolut seien, durchaus richtig sein, praktisch aber ist dieser Standpunkt unhalbar. Wie könnte man von Deutschland die Erfüllung von Verpflichtungen erlangen, die seine früheren Freunde mißachten? Nichts sei gewisser als die Tatsache, dass die ehemaligen Alliierten sich im Falle eines Heftschlags der Abrüstungsbestrebungen mit dem Gedanken der Wiederbewaffnung Deutschlands vertraut machen müssten. Deutschland würden wahrscheinlich Österreich, Ungarn und Bulgarien folgen, und die Wirkung auf die europäische Gesamt situation würde nach Cecils Ansicht die denkbar ungünstigste sein.

Das Echo des Genfer Fehlschlages in England.

London. (Tel.) Der Fehlschlag der Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission wird in den Sonntagsblättern noch nicht kritisch behandelt. Der Zusammenschluss der Genfer Arbeiten kommt in England kaum überrashend.

Die von Washington ausgegangene Anregung nach Einberufung einer neuen Flottenabruistungskonferenz war in England nicht mehr ernst genommen worden, und es spricht wenig dafür, dass man ernsthaft an die Möglichkeit einer neuen Flottenabruistungskonferenz vor Ablauf des Wahltages im Jahre 1931 glaubt. Dagegen hat der für England günstige Verlauf in der Behandlung des amerikanischen Flottenbauprogramms durch das Repräsentantenhaus und den Senat zweifellos den Wunsch bestärkt, durch neue Anregungen die leichte Missstimmung zwischen Amerika und England über den Fehlschlag der Genfer Flottenkonferenz zu beseitigen.

Die Delegationen verlassen Genf.

Genf. Die deutsche Delegation für die vorbereitende Abrüstungskommission, mit Graf Bernstorff an der Spitze hat gestern Genf verlassen und ist nach Berlin zurückgekehrt. Die englische Delegation ist bereits am Sonnabend abend gleich nach dem Schluß der Tagung nach London abgereist. Die französische Delegation hat im Laufe des Sonntags Genf verlassen. Die sowjetrussische und die türkische Delegation werden voraussichtlich am Montag abreisen. Zur Zeit befindet sich in Genf noch der rumänische Außenminister Titulescu, der seit der Tagung des Völkerbundes krankheitsbedingt in Genf verblieben ist.

Der älteste katholische Priester Deutschlands gestorben.

Wilschoten (Niederbayern). In der Nacht zum Sonnabend ist der älteste katholische Priester Deutschlands, geistlicher Rat Josef Seibeger im 99. Lebensjahr und im 75. Priesterjahr in Wilschoten bei Vilshofen gestorben.